

# Die andere MEINUNG

**Dr. Dieter Haack**  
Vorsitzender des Berufsverbandes Niedergelassener Chirurgen (BNC) zum Thema Twitter-Nachrichten aus dem OP



Wir sollten nicht jede Mode mitmachen, die aus den USA zu uns herüber-schwapp. Persönlich würde ich es als Operateur ablehnen, direkt aus dem OP Twitter-Nachrichten an die Angehörigen zu schicken. Mir erscheint die Konzentration des Chirurgen auf die Operation doch wichtiger, als die Angehörigen sofort über alles zu informieren und sich womöglich durch sein „Gezwitscher“ ablenken zu lassen. Selbst wenn nicht der Operateur selbst twittert, sondern das Schreiben einer zusätzlichen Person überlässt, ist dieser neue Trend bedenklich: Um das Infektionsrisiko möglichst niedrig zu halten, müssen wir als Chirurgen die Zahl der Personen im OP so weit wie möglich beschränken und dürfen während des Eingriffs auch nur soviel reden wie unbedingt nötig. Wir würden also gegen elementare Hygienevorschriften verstoßen, wenn wir beim Operieren ständig einer hinzugezogenen Schreibkraft neue Twitter-Texte diktieren.

Ohnehin können die Angehörigen im Warteraum am Ablauf einer Operation nichts ändern – selbst wenn ich es quasi live erfahren, dass ich bei einer Handoperation gerade den Nervus medianus freiprepariert habe und mich anschicke, das Retinaculum flexorum zu spalten. Und wie soll sich der twitternde Operateur verhalten, wenn Komplikationen auftreten? Soll er den Angehörigen munter drauflos berichten, dass es gerade heftig blutet, obwohl sie ohne medizinische Fachkenntnisse die Tragweite des Problems gar nicht einschätzen können? Oder soll er die Kurznachrichten einfach einstellen und sein „Publikum“ damit womöglich noch mehr verunsichern? Twitter-Nachrichten aus dem OP sind nicht nur überflüssig, sondern unverantwortlich. Voyerismus, aber in einer Nation wie den USA, wo sogar Hinrichtungen im Fernsehen übertragen werden, ist eine solche Entwicklung wohl nicht aufzuhalten.

## Voyerismus im OP-Saal



**Hans-Werner Monsees**  
Leiter des Havariekommandos in Cuxhaven  
-Von Ulf Kaack-

## DREI AN... ?

# Offshore-Windparks Sicherheitsrisiko?

! Noch in diesem Jahr soll der Bau des ersten kommerziell genutzten Offshore-Windparks in der Nordsee beginnen. 25 weitere Anlagen mit nahezu 1800 Windrädern sind an Deutschlands Küsten bereits genehmigt. Stielen diese Bauwerke eine Gefahr für die Sicherheit des internationalen Seeverkehrs dar?

anderes Schiff oder einer Pier kollidiert. Der Unfall wird in den bewährten Strukturen des Havariekommandos professionell abgearbeitet. Darüber hinaus müssen die Windanlagen so gebaut werden, dass bei einer Kollision der Schaden am Schiff so gering wie nur möglich gehalten wird.

! Bevor mit dem Bau der Offshore-Windparks begonnen werden konnte, sind die Pläne dafür in einem aufwändigen Genehmigungsverfahren durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) geprüft worden. Hier wurde das Havariekommando bereits frühzeitig eingebunden. Das BSH kommt in seiner Untersuchung zu der Erkenntnis, dass durch die Windparks nicht mit einer Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs zu rechnen ist.

! Den Betreiberfirmen wurde auferlegt, sowohl für die Bauphase als auch den nachfolgenden Betrieb so genannte „Arbeitsschutz- und Sicherheitskonzepte“ aufzustellen. So ist zum Beispiel zur Sicherung des verkehrlichen Umfeldes der Baustelle und zur Vermeidung von Kollisionen mit Schiffen während der gesamten Bauphase ein Verkehrssicherungsfahrzeug (VSF) einzusetzen. Das Fahrzeug ist ausschließlich für diesen Zweck einzusetzen. Das Havariekommando arbeitet mit den Betreiberfirmen schon in der Bauphase eng zusammen: Es gibt einen regelmäßigen Informationsaustausch aller Beteiligten. Die Melde- und Alarmierungswege werden abgesprochen. Entsprechende Sicherheitsübungen für die Zukunft vorbereitet.

! Sollte es zu einer Kollision, beispielsweise zwischen einem Öltanker und einem Windrad, kommen. Wie ist das Havariekommando für eine solche Schadenslage aufgestellt?

! Grundsätzlich spielt es für das Havariekommando keine Rolle, ob ein Tanker mit einem Windrad, mit einem



**In Nordkorea** sind gestern hunderte seit mehr als 50 Jahren getrennte koreanische Familien zum ersten Mal wieder zusammengekommen. Ausländische Journalisten waren bei den Begegnungen in den Diamantbergen an der nordkoreanischen Ostküste nicht zugelassen. Die Familienzusammenführungen begannen 2002 nach einem koreanischen Gipfeltreffen, wurden aber immer wieder wegen der Spannungen zwischen Nord- und Südkorea und des Streits über das nordkoreanische Atomprogramm unterbrochen.

# „Das Casino bleibt bis auf weiteres offen“

## Enttäuschung über Ergebnisse des G20-Gipfels

FRANKFURT/M. Nach dem G20-Gipfel in Pittsburgh haben Politiker der Opposition, aber auch der Regierungspartei SPD die Ergebnisse als enttäuschend kritisiert. „Das Casino bleibt bis auf weiteres offen“, erklärten die Grünen zu den finanzpolitischen Beschlüssen. Der SPD-Politiker Frank Schwabe sagte, für die internationale Klimapolitik habe der Gipfel „nicht den erhofften Fortschritt gebracht“.

DGB-Chef Michael Sommer lobte immerhin das „Krisen-Bewältigungs-Duo“ Angela Merkel und Peer Steinbrück bei derartigen Anlässen. Die Grünen-Politiker Jürgen Trittin und Gerhard Schick erklärten, die finanzpolitischen Regeln seien noch keine Antwort auf diese Krise, sondern auf die vorherige: „Das ist kein großer Neuanfang.“ Bis 2012 könnten die Finanzmarktexzesse unvermindert weitergehen. „Bis dahin haben die Lobbyisten Zeit, den restlichen politischen Willen zu schleifen.“ Von einer Finanzumsatzsteuer sei „weit und breit nichts zu sehen“, kritisierten die Grünen.

Der klimapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Schwabe, erklärte zur Klimapolitik: „Statt allgemeiner Aussagen hätten wir konkrete Zusagen über Ziele, Maßnahmen und Finanzierung gebraucht.“ Die Industrielande müssten endlich klar sagen, mit welchen Zielen und Maßnahmen sie das Zwei-Grad-Ziel erreichen wollten, nur dann würden die Entwicklungsländer folgen. „Nun werden die Klimadiplomaten auf der nächsten Vorbereitungs-konferenz in Bangkok über Hunderte von eingeklamerten Sätzen im Vertragstext diskutieren, ohne politische Ziele von ihren

Staats- und Regierungschefs erhalten zu haben.“ Gerade das hätte ein erfolgreicher G20-Gipfel vermeiden sollen, sagte Schwabe. Enttäuscht äußerte sich auch der Wirtschafts- und Sozialethiker Friedhelm Hengsbach. Zwar sei bei den Absichtserklärungen einiges erreicht worden, aber der Zeitpunkt sei zu weit gefasst, sagte Hengsbach dem Deutschlandradio Kultur. Linke-Fraktionschef Oskar Lafontaine begrüßte dagegen den Beschluss, dass Länder mit großen Exportüberschüssen ihre Binnennachfrage ankurbeln sollen.

## TELEGRAMM

### Alarmzustand

MADRID. Im spanischen Baskenland herrscht Alarmzustand, nachdem ein Gericht zwei geplante Kundgebungen von Separatisten verboten hat. Am Wochenende wollten zwei Organisationen an Aktivisten der verbotenen baskischen Untergrundorganisation ETA erinnern. Ein Richter untersagte dies jedoch am Freitagabend und wies die Regionalregierung und die Polizei an sicherzustellen, dass an den geplanten Versammlungsorten keinerlei Gesetze gebrochen werden.

### Abschied von Geheimdienst-Plänen

BERLIN. Die CDU schließt eine Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes für die nächste Wahlperiode aus. Der Vizevorsitzende der Unionsfraktion, Wolfgang Bosbach, sagte, das wäre weder mit der FDP noch mit der SPD als Koalitionspartner durchzusetzen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, kritisierte, es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass sozusagen „durch die Hintertür“ ein neuer Inlandsgeheimdienst entstehe. Am Freitag war ein Papier aus dem Bundesinnenministerium bekannt geworden, in dem angeregt wird, dass künftig auch der Verfassungsschutz Computer online durchsuchen darf. Er soll zudem auf die Vorratsdatenspeicherung zugreifen dürfen. Außerdem soll der genetische Fingerabdruck als „erkennungsdienliche Standardmaßnahme“ eingeführt werden.

### Obama warnt Iran vor Konsequenzen

WASHINGTON. Nach dem Zweite Anlage zur Urananreicherung zu bauen, setzt die Weltgemeinschaft vorerst auf Dialog. Schärfere Sanktionen werden aber nicht mehr ausgeschlossen. US-Präsident Barack Obama warnte Teheran gestern in seiner wöchentlichen Radio- und Internetbotschaft vor gravierenden Konsequenzen, sollte die iranische Führung bei ihrem Atomprogramm nicht einlenken. Auf der anderen Seite bot er auch einen ernsthaften Dialog an. Teheran kündigte unterdessen an, internationale Inspektoren in seine neue Anlage lassen zu wollen. Ein konkreter Termin wurde allerdings nicht genannt. Die neue Anlage befindet sich rund 100 Kilometer südlich der Hauptstadt Teheran.

### 1500 getötete Zivilisten

KABUL. Bei der Gewalt in Afghanistan sind in den ersten acht Monaten des Jahres 1500 Zivilpersonen getötet worden. Das teilten die Vereinten Nationen in einem am Freitagabend veröffentlichten Bericht mit. Der August sei wegen der Präsidentenwahl der tödlichste Monat für die Zivilbevölkerung gewesen, weil die Taliban deshalb ihre Anschläge intensiviert hätten. Die NATO-Schutztruppe IFOR sei für ein Viertel der getöteten Zivilpersonen verantwortlich, meist durch Luftangriffe.

### Keine Raketen

PITTSBURGH. Der russische Präsident Dmitri Medwedew hat den Verzicht auf die Stationierung von Kurzstreckenraketen in Kaliningrad (Küdnigsberg) bestätigt. Es würden keine Iskander-Raketen dorthin verlegt, sagte Medwedew nach Abschluss des G20-Gipfels in Pittsburgh.

### Zweite Anlage zur Urananreicherung

WASHINGTON. Nach dem Zweite Anlage zur Urananreicherung zu bauen, setzt die Weltgemeinschaft vorerst auf Dialog. Schärfere Sanktionen werden aber nicht mehr ausgeschlossen. US-Präsident Barack Obama warnte Teheran gestern in seiner wöchentlichen Radio- und Internetbot-

### Zeit wird knapp

WASHINGTON. Das umstrittene US-Gefangenlager Guantanamo wird voraussichtlich nicht bis zum Januar geschlossen werden können. Das erfuh die Nachrichtenagentur AP aus Kreisen der Regierung in Washington. Es war das erste Mal, dass ranghohe Vertreter der Regierung von Präsident Barack Obama einräumten, dass die Schließung des Lagers innerhalb der angestrebten Frist wohl nicht gelingen wird.

### Papst Benedikt XVI.

ist gestern zu einem dreitägigen Besuch in Tschechien eingetroffen. 20 Jahre nach dem Sturz des Kommunismus rief er die Tschechen bei einer Begrüßungszeremonie auf dem Flughafen in Prag auf, sich auf die christlichen Wurzeln des Landes zurückzubewahren. Den Fall der Berliner Mauer würdigte er als „Wendepunkt in der Weltgeschichte“. Mit seinem Besuch will der Papst bei zahlreichen Begegnungen und Messen versuchen, dem Glauben der Tschechen an Gott wieder neues Leben einzuhauchen.



## KURZ NOTIERT

### Oktoberfest: Flugverbot

MÜNCHEN. Offenbar aus Sorge vor einem Terroranschlag gilt für das Münchner Oktoberfest ein Überflugverbot. Das bayerische Innenministerium teilte mit, es habe das Verbot beim Bundesinnenministerium beantragt. In Videos hatten Al-Kaida und zuletzt auch die Taliban mit Vergeltungsschlägen in Europa und vor allem Deutschland gedroht. Auslöser für das Flugverbot über dem traditionsreichen Volksfest in München war offenbar ein größeres Werbeflugzeug, das am Donnerstag über der Stadt kreiste und zur Beunruhigung bei Wiesn-Besuchern führte.

### Anschläge in Pakistan

PESHAWAR. Bei zwei Selbstmordanschlägen im Nordwesten Pakistans sind gestern mindestens 16 Menschen getötet und rund 150 verletzt worden. Das teilte die pakistanische Polizei mit. Bei einem dritten Sprengstoffanschlag wurden vier Menschen verletzt. Die Taliban übernahmen die Verantwortung für einen Anschlag. Erst vor wenigen Tagen hatten sie Selbstmordanschläge angedroht, sollten die Streitkräfte ihre Offensive fortsetzen. Im Geschäftsviertel der Grenzstadt Peshawar explodierte nach Angaben der Polizei indes vor einer Bank eine Autobombe und tötete zehn Menschen in der Riss. Bei einem weiteren Selbstmordanschlag auf eine Polizeiwache im Bezirk Bannu wurden ebenfalls sechs Menschen getötet.

### 1500 getötete Zivilisten

KABUL. Bei der Gewalt in Afghanistan sind in den ersten acht Monaten des Jahres 1500 Zivilpersonen getötet worden. Das teilten die Vereinten Nationen in einem am Freitagabend veröffentlichten Bericht mit. Der August sei wegen der Präsidentenwahl der tödlichste Monat für die Zivilbevölkerung gewesen, weil die Taliban deshalb ihre Anschläge intensiviert hätten. Die NATO-Schutztruppe IFOR sei für ein Viertel der getöteten Zivilpersonen verantwortlich, meist durch Luftangriffe.

## FRAGE DER WOCHE

### Stärkeres Engagement in Afghanistan?

Der obere NATO-Kommandeur in Afghanistan, wie noch stärker in Afghanistan engagieren? Wie lange sollen deutsche Soldaten am Hindukusch bleiben? Schreiben Sie Ihre Meinung an: Kreiszeitung, Stichwort „Frage der Woche“, Am Risteder Weg 17, 28857 Syke; per Fax: 04242/58332; oder per E-Mail: frage@kreiszeitung.de. Zuschriften mit Namen und Anschrift. Ein abschließend ist Dienstag.